Brief des Bundestagspräsidenten vom 2. Dezember 1998 zur „Blätter“-Initiative „Betr.: Wiedergutmachung“*

Sehr geehrter Herr Bredthauer,
herzlichen Dank für Ihre mit Schreiben vom 05. November 1998 übermittelten guten Wünsche zur Übernahme meines Amtes.

Mit Ihrem Brief machen Sie mich zugleich auf die Initiative der „Blätter für deutsche und internationale Politik“ aufmerksam, mit der Wiedergutmachungsleistungen für Zwangsarbeiter und für die noch lebenden Verfolgten des NS-Regimes gefordert werden.

Bitte erlauben Sie mir, zunächst daran zu erinnern, daß sich die Bundesrepublik Deutschland der Verpflichtung, das vom verbrecherischen NS-Regime verübte Unrecht moralisch und finanziell wiedergutzumachen, nicht entzogen hat. Der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung haben sich jederzeit der historischen Verantwortung für die menschenverachtenden NS-Gewalttaten und die hieraus entstandenden Folgen gestellt. Seit ihrer Gründung war die Bundesrepublik Deutschland bestrebt, im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten Entschädigungsregelungen zu schaffen. Dabei hat sie mit allen Beteiligten, insbesondere auch mit den Verfolgtenorganisationen, eng zusammengearbeitet. Die bisher von Deutschland erbrachten Leistungen auf dem Gebiet der Wiedergutmachung belaufen sich auf über 100 Mrd. DM (auf heutige Preisverhältnisse umgerechnet ca. 212 Mrd. DM), so daß vielen NS-Opfern zumindest materiell geholfen werden konnte.

Die Gesamtleistungen auf dem Gebiet der Wiedergutmachung werden sich voraussichtlich in den nächsten Jahren auf etwa 126 Mrd. DM erhöhen. In diesem Betrag sind Leistungen in Milliardenhöhe für Wiedergutmachungszahlungen in der Sozialversicherung und in der Kriegsopferversorgung nicht erfaßt.

Mit Ihnen bin ich der Meinung, daß mit diesen Leistungen bei weitem nicht alle Probleme gelöst sind, die aus dem unsäglichsten Kapitel der deutschen Geschichte, der Zeit des Nationalsozialismus, herrühren. Zu den Verpflichtungen, denen sich auch die nachfolgenden Generationen stellen müssen, zählt gerade auch die gerechte Entschädigung für diejenigen Männer und Frauen, die im Zweiten Weltkrieg zur Zwangsarbeit gepreßt worden sind.

Sicherlich ist auch Ihnen bekannt, daß die neue Bundesregierung ihren festen Willen bekundet hat, eine Bundesstiftung „Entschädigung für NS-Unrecht“ und – unter Beteiligung der deutschen Industrie – eine Bundesstiftung „Entschädigung für NS-Zwangsarbeit“ auf den Weg zu bringen.

Ich begrüße diese Bereitschaft, kann allerdings über Ausgestaltung und Reichweite der vorgesehenen Stiftungen keine Aussage machen. Hierfür bitte ich Sie um Verständnis. Ich kann Ihnen jedoch versichern, daß der Deutsche Bundestag den Entstehungsprozeß und die Arbeit der Stiftungen aufmerksam begleitet wird. Das Parlament wird dabei sein Augenmerk besonders denjenigen Opfergruppen widmen, die bislang eine Entschädigung nicht erhalten konnten, weil die gesetzlichen Leistungsvoraussetzungen nicht erfüllt waren. Dies trifft insbesondere auf Zwangsarbeiter zu, die keinen weiteren NS-Unrechtsmaßnahmen, wie etwa der Haft in Konzentrationslagern, ausgesetzt waren.

Dem Diskussionsprozeß im Parlament, für den Sie wertvolle Anregungen gegeben haben, kann und will ich allerdings nicht vorgreifen.

Ihr Schreiben habe ich an den Petitionsausschuß weitergeleitet, dem nach unserer Verfassung die Behandlung der an den Deutschen Bundestag gerichteten Bitten und Beschwerden obliegt. Diesem Ausschuß liegen bereits mehrere Eingaben vor, deren Anliegen mit Ihren Forderungen deckungsgleich sind. Vom Petitionsausschuß werden Sie in Kürze weitere Nachricht erhalten.

Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang Thierse

* Wortlaut eines Schreibens des Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse an die „Blätter“-Redaktion. Vgl. unseren Offenen Brief in Heft 10/1998, S.1159f. Die ebenfalls dem Oktoberheft beigefügte Postkartenversion wurde von der sozialdemokratischen Tageszeitung „Trybuna“ in Warschau und von der jüdischen Zweiwochenzeitschrift „Aufbau“ in New York im Wortlaut dokumentiert. Der Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages schrieb uns, es seien bereits zahlreiche Karten eingegangen, und stufte die Initiative als „Massenpetition“ ein. – D.Red.